




Nichtregierungsorganisationen fordern verstärkte Aufnahme syrischer Flüchtlinge

Nichtregierungsorganisationen fordern verstärkte Aufnahme syrischer Flüchtlinge
Eine Koalition von über 30 internationalen Nichtregierungsorganisationen, darunter CARE, Oxfam, Save the Children, World Vision, Amnesty International, Handicap International, Ärzte der Welt und Islamic Relief, fordert von den teilnehmenden Staaten der morgen stattfindenden Konferenz des UN-Flüchtlingshilfswerks in Genf, dass bis Ende 2015 mindestens fünf Prozent bzw. 180.000 syrischen Flüchtlingen ein sicherer Zufluchtsort gewährleistet wird. Auf der Konferenz sollen Möglichkeiten der humanitären Aufnahme besprochen werden. Gegenwärtig hat sich die internationale Gemeinschaft zu einer Aufnahme von weniger als zwei Prozent der syrischen Flüchtlinge in Drittstaaten über einen unbestimmten Zeitraum verpflichtet. Dieses Kontingent reicht nach Einschätzung der Organisationen nicht aus. Bis Ende dieses Jahres werden fast 3,6 Millionen Menschen in die Nachbarstaaten Syriens geflohen sein. Die Anrainerstaaten haben enorme Großzügigkeit gezeigt, doch aufgrund des Zustroms von Flüchtlingen stoßen diese Länder an die Grenzen ihrer Infrastruktur und ihrer Sozialsysteme. In der Türkei und im Libanon sind bereits jeweils über eine Million Flüchtlinge registriert. Jordanien hat 618.000 Menschen aufgenommen und der Irak, der selbst Millionen Binnenvertriebene zu verzeichnen hat, beherbergt momentan 225.000 syrische Flüchtlinge. "Die Situation für die schwächsten und gefährdetsten Flüchtlinge aus Syrien wird immer dramatischer. Einige - darunter kranke Kinder, die ohne schnelle Behandlung sterben werden - können in der Region schlicht nicht überleben", mahnt Kathrin Wieland von Save the Children Deutschland. "Finanzielle Hilfszusagen für humanitäre Programme alleine reichen nicht mehr aus. Die wohlhabenden Nationen dieser Welt müssen Verantwortung übernehmen und den syrischen Flüchtlingen den Schutz und die Unterstützung gewähren, den die Nachbarländer Syriens nicht mehr leisten können." "Dies ist eine der schlimmsten Flüchtlingskrisen seit dem Zweiten Weltkrieg, die Millionen Menschen vor allem Frauen und Kinder, aus ihrer Heimat vertreibt", erinnert Robert Lindner, Syrienexperte von Oxfam Deutschland. "Wir zählen auf die Regierungen, die sich morgen in Genf treffen. Sie müssen die internationale Solidarität zeigen, die jetzt so dringend benötigt wird." Die Organisationen fordern, dass mindestens 180.000 der schutzbedürftigsten Menschen, darunter Überlebende von Folter, Menschen mit akuten medizinischen Problemen, alleine geflohene Kinder und besonders bedrohte Frauen, Aufnahme in Drittländern erhalten. Diese wurden bereits vom UN-Flüchtlingshilfswerk identifiziert. Die Aufnahme der Schutzbedürftigsten entlastet auch Syriens Nachbarstaaten von den kurzfristigen Kosten, die bei Behandlung, Unterstützung und Schutz dieser Menschen entstehen. "Weil es an ausreichender Unterstützung für die Versorgung von Flüchtlingen fehlt, erhöhen Syriens Nachbarländer nun vermehrt die Grenzkontrollen", berichtet CARE-Generalsekretär Karl-Otto Zentel. "Syrische Zivilisten können deshalb dem brutalen Bürgerkrieg nicht mehr entkommen. Wohlhabende Staaten müssen ihre Beiträge erhöhen und gleichzeitig die Nachbarländer Syriens stärker unterstützen, damit die Grenzen offen bleiben." Nur weil man keine Grenze mit Syrien teile, befreie das niemanden von der Verantwortung, so Zentel. Die Koalition um CARE, Oxfam, Save the Children, World Vision, Amnesty International, Handicap International, Ärzte der Welt und Islamic Relief fordert zudem die Golfstaaten und Länder in Lateinamerika, die sich bislang nicht an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligt haben, dazu auf, sich nun den Aufnahmeprogrammen anzuschließen. Zudem gebe es viele zusätzliche, innovative Wege der Flüchtlingshilfe, zum Beispiel Studienplätze an Universitäten sowie Arbeitserlaubnisse. Bei allen Maßnahmen müsse der Schutz in Übereinstimmung mit der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 aufrechterhalten werden. Kontakt: Save the Children Deutschland e.V. Pressestelle Claudia Kepp Markgrafenstr. 58 10117 Berlin Tel.: +49 (30) 27 59 59 79 28 Mail: Claudia.kepp@savethechildren.com 

Pressekontakt

Save the Children

10115 Berlin

Claudia.kepp@savethechildren

Firmenkontakt

Save the Children

10115 Berlin

Claudia.kepp@savethechildren

Save the Children ist die größte unabhängige Kinderhilfsorganisation der Welt. Die Organisation wurde 1919 von der Lehrerin Eglantyne Jebb in Großbritannien gegründet. Kinder in Deutschland und Österreich gehörten zu den ersten Empfängern von Hilfeleistungen. Heute führt Save the Children in über 120 Ländern Projekte durch, die Kindern, ihren Familien und ihrem Umfeld zugute kommen. Der Schwerpunkte der Arbeit liegen in den Bereichen Schule und Bildung, Schutz vor Ausbeutung und Gewalt sowie Gesundheit und Überleben. Außerdem hilft die Organisation Kindern und ihren Familien in Katastrophensituationen. Save the Children ist Pionier auf dem Gebiet der Kinderrechte. Die von der Gründerin verfasste Erklärung der Rechte über das Kind, die 1924 vom Völkerbund angenommen wurde, bildet die Grundlage für die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Save the Children hat Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen und unterstützen die Internationale Kampagne für das Verbot von Landminen (ICBL), die 1997 den Friedensnobelpreis erhalten hat. Außerdem hat Save the Children als eine von elf Organisationen die sogenannte Accountability Charter für Nichtregierungsorganisationen unterzeichnet und verpflichtet sich damit zu Transparenz und verantwortungsbewusstem Handeln. Seit Oktober 2004 ist die Organisation mit eigenem Büro auch in Deutschland vertreten.